

gegenüber der Ökumenischen Bewegung. Gewisse Kreise versuchten, die Teilnahme der griechischen Kirche mit leeren Schlagwörtern bombastischen Inhalts und mit Entstellung der Tatsachen („übelriechende, falsche und ungenaue Veröffentlichung“) zu vereiteln, wo doch gerade von dieser Mitwirkung an der Ökumenischen Bewegung die weltweite Anerkennung der Bedeutung und Position der Orthodoxie abhängt. Aus dem Glauben an die Orthodoxe Kirche als an die eine Kirche resultiere keinesfalls die Ignorierung der christlichen Welt außerhalb der eigenen, und man solle die von der römisch-katholischen Kirche auf sich allein bezogene Ermahnung des Herrn (Luk. 22, 32) durchaus auf die eigene Kirche beziehen. Gerade wenn man die Überlegenheit des eigenen Glaubens behauptet, brauche man die Auseinandersetzung mit den anderen nicht zu fliehen, und das ökumenische Forum, das jeder Kirche die klare Abgrenzung ihrer Position gestatte, müsse zur Aufklärung der anderen benutzt werden — eine der Orthodoxen Kirche einmalig in der Geschichte gebotene Möglichkeit. Nur für eine kranke Phantasie habe der Kontakt mit der in der Ökumenischen Bewegung zusammengeschlossenen Christenheit Schaden gebracht. Dieser Kontakt sei nun fruchtbar zu machen durch Übernahme der Sozialarbeit der anderen Kirchen in das Land, in dem sie ursprünglich von den großen Hirten der Kirche begonnen wurde, heute jedoch vergessen ist in einer Weise, daß viele Orthodoxe solche Institutionen wie die „Apostolische Diakonie“ als „protestantisch“ und nutzlos bezeichnen. Nicht zuletzt müsse die griechische Kirche in

Dankbarkeit der materiellen und technischen Hilfe durch die Ökumenische Bewegung gedenken.

Der Austritt der griechischen Kirche aus dem Weltrat wäre nach Alivisatos eine Mißachtung der Verpflichtungen auch gegenüber dem Patriarchat von Konstantinopel, das nach wie vor seine volle Teilnahme aufrechterhält, und gegenüber den anderen autokephalen Kirchen. Gerade jetzt sei aber die volle Mitarbeit aller orthodoxen Kirchen das Gebot der Stunde, wo sich das Patriarchat Moskau anschickt, eine Richtung einzuschlagen, die durchaus in eine Teilnahme an der Ökumenischen Bewegung münden könne. Mit großem Bedauern stellt der Verfasser den zum Teil durch die politische Entwicklung und die Situation der autokephalen Kirchen hervorgerufenen Mangel an interorthodoxer Zusammenarbeit fest, wodurch bisher keine gemeinsame Haltung zum Weltrat und zur Ökumenischen Bewegung zustande gekommen ist, und damit auch keine entsprechende Einflußnahme der Orthodoxie auf diese Bewegung, wobei es allerdings auch an einem nur durch eine bessere theologische Bildung zu erzielenden klaren Bewußtsein der geistigen Überlegenheit und des Gewichts der Orthodoxen Kirche fehle. Alivisatos unterläßt es nicht, gegen die gebrandmarkten isolierenden Tendenzen in der griechischen Kirche auch auf die Notwendigkeit besserer Beziehungen zur römischen Kirche hinzuweisen — im Hinblick auf eine „eventuelle gemeinsame Haltung und Stellungnahme der beiden ältesten Kirchen gegenüber der Ökumenischen Bewegung“.

Die Kirche in den Ländern

Die Gewissensnot der Christen in der DDR

Seit Herbst 1957 hat sich der Druck des SED-Regimes in der deutschen Ostzone auf allen Lebensgebieten in Richtung einer radikaleren Anpassung der Gesellschaft an das sowjetische Vorbild spürbar verstärkt. Das gilt besonders — wenn auch nicht ausschließlich — für den kulturellen Bereich: Kunst, Erziehung und kirchliches Leben. Nach der Konsolidierung der Partei und der Stellung ihrer Führer, besonders ihres Ersten Sekretärs, im Laufe des Sommers 1957, begann letzterer Ende September anlässlich der Eröffnung der Kampagne für die Jugendweihen, die Kirchen, und zwar zunächst vor allem die evangelische Kirche, anzugreifen. Die Situation spitzte sich Ende Oktober zu, als die Regierung zwei bekannte Persönlichkeiten der evangelischen Kirche, Konsistorialpräsident Grünbaum und Konsistorialrat Klewitz, beide Magdeburg, wegen Devisenvergehen verhaften ließ. Fast gleichzeitig erfolgte die Verhaftung und Verurteilung von Propst Maercker, der der verstorbenen Tochter des Leiters einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft die Beisetzung verweigert hatte. Am 27. November wurde ferner, wie berichtet, der evangelische Studentenseelsorger von Leipzig, Siegfried Schmutzler, wegen „Boykotttätigkeit“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 173).

Zur gleichen Zeit zog das Regime auch gegenüber den Künstlern, Wissenschaftlern, Schriftstellern und Journalisten die Zügel straffer an (Kulturkonferenz in Ostberlin, Ende Oktober 1957), um sich jene Wissenschaftler und

Literaten unter ihnen gefügig zu machen, die nach dem Mißerfolg der Kulturkommissare auf dem Schriftstellerkongreß 1956 geglaubt hatten, die Zeit des freien, ungehinderten Schaffens sei gekommen. Desgleichen wurde die Verschärfung des Klassenkampfes auf dem Lande proklamiert. Die staatlichen Maschinen-Traktoren-Stationen, die zu Hauptstützpunkten der Partei auf dem Lande ausgebaut werden sollen — eine Direktive, die durch die sowjetrussische Reorganisation des Kolchosensystems bereits überholt erscheint —, dürfen auf Grund der neuen Bestimmungen ihre schweren Maschinen nicht mehr auf den Feldern selbständiger Bauern einsetzen. Der Eintritt in die Kollektivwirtschaften solle wohl freiwillig sein, in der Praxis aber wird der selbständige Bauer durch wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen derart eingengt, daß ihm nur der Ausweg in die „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ (LPG) bleibt. Ähnliches gilt auch vom Druck der Partei auf die Reste der privatwirtschaftlichen Unternehmen der Zone. Nachdem Ende des Jahres 1957 bereits mehrere Kampagnen zur Überführung der privaten Unternehmen, die sich in der Periode der Entspannung zwischen 1953 und 1957 wirtschaftlich ein wenig erholt hatten, gestartet worden waren, beschloß die Volkskammer am 12. März 1958 zwei Gesetze, nach denen die größeren Handwerksbetriebe aus dem offiziellen Register, der sogenannten Handwerksrolle, gestrichen werden und damit die bisher dem Handwerk gewährten Steuervergünstigungen verlieren. Sie müssen jetzt eine zusätzliche Umsatz- und Gewinnsteuer an den Staat entrichten. Die Verstaatlichung

der privaten Unternehmen ist über eine Zwischenstation — das bisher private Unternehmen wird auf freiwilliger Basis in eine Kommanditgesellschaft mit staatlicher Beteiligung zu 50 Prozent übergeführt — vorgesehen.

Anfang des Jahres holte dann das Regime zu einem Schlag aus, der auch Bevölkerungskreise, die bis zu diesem Zeitpunkt sich nur wenig von den Kampfmaßnahmen der Regierung betroffen fühlten, in Unruhe versetzte: durch die Novelle zum Strafgesetzbuch und das neue Paßgesetz, wodurch nicht nur das Verleiten zum Verlassen der DDR, sondern auch die Flucht selbst strafbar wird. Die Unruhe unter der Bevölkerung wurde besonders dadurch hervorgerufen, daß die um Auskunft befragten kommunistischen Behörden keine genauen Auskünfte über die Tragweite des neuen Gesetzes gaben. (Zur Zeit sind Reisen nach der Bundesrepublik für Berufstätige in der DDR, besonders solche, die im Staats- oder Kommunaldienst stehen, praktisch unmöglich.)

Nach geglückter Säuberung Anfang Februar dieses Jahres, der Schirdewan, Wollweber und Oelssner zum Opfer fielen, ging die Partei zum Frontalangriff über. Zunächst wurde Anfang März eine Konferenz der Parteisekretäre an den Universitäten mit 900 Professoren und Dozenten durchgeführt. Dabei handelte es sich in erster Linie um eine Aktion gegen die Intellektuellen innerhalb der Partei, die sich ein gewisses Maß von selbständigem Denken bewahrt und nach den ungarischen und polnischen Ereignissen geglaubt hatten, ihre eigenen Vorstellungen vom Sozialismus verbreiten zu können. Die Folge des Kongresses waren nicht nur Selbstbeichtigungen und Reuebekenntnisse, sondern auch zahlreiche Absprünge durch Flucht nach dem Westen. Die Zahl der abgewanderten Wissenschaftler betrug bis Ende April über 60. (Zu ihnen gesellten sich eine Anzahl führender Funktionäre und Spitzensportler.) Zum ersten Male seit 1952 setzen sich auch wieder Ärzte ab. Die Partei verlangt von ihnen seit April, daß sie ihre Patienten nicht nur medizinisch, sondern auch politisch im Sinne des „Sozialismus“ behandeln. Die Partei nimmt die Abwanderung der Hochschullehrerschaft in Kauf, auch wenn damit ein Absinken des wissenschaftlichen Niveaus an den Hochschulen verbunden ist, um die langeplante „Sozialisierung der Universitäten“ durchzuführen. Sie sucht indes die Abwanderung zumindest zu drosseln, indem sie den geflüchteten Professoren den akademischen Grad und den Professorentitel ab-erkennt.

Der Kampf gegen die Lehrer

Am 24. April beschloß — als Krönung einer seit Wochen intensiv betriebenen Kampagne im ganzen Land — eine von der SED nach Ostberlin einberufene Konferenz von 800 Lehrern „die Entwicklung der sozialistischen Schule in der DDR“ (vgl. auch ds. Heft, S. 417). Der Volksbildungsminister erklärte bei dieser Gelegenheit, die Grundlage der Erziehung sei der Marxismus-Leninismus, die Schule habe Kommunisten heranzubilden. Die Schüler sollen künftig von der fünften Klasse an regelmäßig in den volkseigenen Betrieben und in den landwirtschaftlichen Kolchosen arbeiten. Vom siebten Schuljahr an müßten die Jugendlichen einen Tag in der Woche in der „sozialistischen Produktion“ arbeiten, und zwar unter der Obhut der Parteifunktionäre, der Einheitsgewerkschaft und der kommunistischen Jugendverbände, die über die „gesellschaftliche Betätigung“ der Schüler an die Schulleitungen zu berichten haben. In Zu-

kunft könne nur noch Lehrer werden, wer in der Industrie gearbeitet oder in der Volksarmee gedient habe. Die Leiter der Ostberliner Konferenz richteten heftige Angriffe sowohl gegen den „Revisionismus“ der parteigebundenen Lehrer wie auch gegen das „überholte bürgerliche Denken“ unter der älteren, nicht zur Partei gehörigen Lehrerschaft. Man rechnete bereits Anfang April in informierten Ostberliner Kreisen mit Disziplinarverfahren gegen 6000 Lehrer, die sich nicht zum Dialektischen Materialismus bekennen und nicht aus der Kirche austreten wollen.

Im Gesetzesblatt der DDR erschien weiterhin Anfang April eine Verordnung, die in § 3 besagt, daß „alle Personen, die Schüler außerschulisch oder sonst außerhalb des Unterrichtes unterweisen oder erziehen“, der Aufsicht des Schulleiters unterliegen. Dieser habe über ihre Eignung und Zulassung allein zu entscheiden. Die Zulassung erfolge für die Dauer eines Vierteljahres. Diese Verordnung bedeutet eine Kontrolle bzw. die Aufhebung des Religionsunterrichtes in seiner bisherigen Form. Außerdem wird das Werben für den Religionsunterricht in und außerhalb der Schule untersagt.

Der Angriff gegen Bischof Döpfner

Am 16. 2. veröffentlichte das in Ostberlin erscheinende St.-Hedwigsblatt einen Teil des offiziellen Fastenhirtenbriefes des Bischofs von Berlin, Julius Döpfner, über das Thema „Christliche Familie heute“. Das Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR untersagte den Vertrieb der Nummer vom 16. 2. und machte der Schriftleitung des Kirchenblattes zur Auflage, ohne Kommentar in der folgenden Nummer die „Richtigstellung“ des Sowjetzonenpresseamtes zu veröffentlichen, mit anderen Worten, den eigenen Bischof zu diffamieren.

Bischof Döpfner hatte im ersten Teil seines Hirtenschreibens die Frage gestellt: Wie steht es heute um die Familie? und darauf geantwortet: a) es steht ernst um die Familie, b) wir sind dennoch guter Hoffnung um die Familie. (Der zweite Teil des Hirtenschreibens behandelte dann die Frage: Was können wir für die Familie tun?) Der Angriff der SED-Führer richtete sich gegen den ersten Teil des Schreibens, in dem der Bischof seine Sorgen um die Familie ausspricht. In ihm heißt es: „... Die Familie ist hineingeraten in die Umschichtung der ganzen Gesellschaft. Das gilt gerade für eure Familien in der Großstadt und in der Diaspora. Heute zieht die Arbeit, die zunehmende Berufstätigkeit der Ehefrau und die verschiedene Arbeitszeit die Menschen weg von der Familie und läßt sie nur selten zusammenkommen. Die Kinder müssen vielfach in Kindergärten und in Tagesstätten oder gänzlich unbetreut den Tag verbringen, während die Eltern an verschiedenen Arbeitsplätzen tätig sind. Oft genug sind die Wohnungen klein und unbefriedigend. So schrumpft die Familie zusammen, und selbst wesentliche Aufgaben, wie die Erziehung der Kinder, gehen auf andere über.“

Wir wollen nicht übersehen, wieviel Männer und Frauen sich um den Aufbau einer wahrhaft christlichen Familie bemühen. Aber erschreckt ihr nicht manchmal, wenn ihr euch unter Nachbarn und Bekannten umschaud? Wieviel geschiedene Ehen, zerrüttete Familien, vaterlose Familien könnt ihr nennen!

Seit Jahrhunderten werden die Fundamente der Familie untergraben. Unauflöslichkeit der Ehe, Zucht und Keuschheit, Treue zum Ehepartner haben für viele keine

verpflichtende Geltung mehr. In manchen geistigen Bewegungen des letzten Jahrhunderts wurde die Familie als Bestandteil einer überholten Gesellschaftsordnung abgelehnt. Die Eltern sehen sich weithin nicht mehr als Stellvertreter Gottes, die für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich sind, und die Kinder wissen nicht mehr um die Autorität ihrer Eltern. In Literatur und Unterhaltungspresse, in Filmen und Gesprächen wurden die Grundwerte der Familie herabgezogen oder doch gering geachtet. Eltern, die drei oder mehr Kinder haben, werden als rückständig und dumm, wenn nicht gar als verantwortungslos angesehen. So kann man ohne Übertreibung sagen, daß die öffentliche Meinung der Gegenwart weithin familienfeindlich eingestellt ist.“

Diese Darstellung der Familie in Deutschland bezeichnete das Presseamt als eine verlogene Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR. Der „Beitrag ‚christliche Familie heute‘ [es wurde weder auf die Tatsache Bezug genommen, daß es sich um eine kirchliche Verlautbarung handelt, noch daß sein Verfasser der Bischof von Berlin ist] ignoriert bewußt, daß in Deutschland zwei deutsche Staaten von völlig entgegengesetztem . . . Charakter existieren. Wenn auch die . . . geschilderten Zustände für den Bereich der kapitalistischen Bundesrepublik zutreffend sind, so kann keinesfalls eine solche Einschätzung auf die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik übertragen werden, weil dies in krassem Gegensatz zur Wahrheit und tatsächlichen Verhältnissen stehen würde.“ Der Brief spricht weiter von unwarhen und jeder Grundlage entbehrenden Behauptungen. Besonders erbost waren die Machthaber über die Formulierung „die Herabwürdigung der Frau, die unserem Volke die Mütter nimmt“ (2. Teil des Hirtenbriefes) und den Satz, daß „Kinder vielfach unbetreut den Tag verbringen müßten“.

Der Griff nach der Jugend

Der Brief machte auch — „um das im St.-Hedwigsblatt abgedruckte Märchen“ zu widerlegen — einige statistische Angaben, die die Sorge des ostzonalen Staates für die Kinder beweisen sollen. Danach existierten Ende 1956 in der Sowjetzone mehr als 7 560 Kindergärten und Kinderwohnheime, in denen 20785 Angestellte tätig waren. Dazu kamen 1802 Kinderkrippen, 2891 Kinderhorte — mit insgesamt 6891 Angestellten — und 734 Erziehungsheime sowie 2444 Saisonkindergärten. Nach dem Statistischen Jahrbuch der DDR von 1956 beliefen sich die Aufwendungen für Erziehung und Unterricht auf insgesamt 995 730 200 DM-Ost. Diese Summe verteilte sich auf:

Allgemeine Schulen	DM-Ost
Grundschulen, Sonderschulen, Mittelschulen	786 394 100
Schulinternate	112 409 000
Oberschulen	11 507 900
Lehrmittelentwicklung und -verteilung	44 734 700
andere Schulzwecke	40 684 500
Schulspeisung	40 684 500
	<hr/>
	995 730 200

Für „Kulturelle Massenarbeit“ (Volkshochschulen, Volkskunst, Volksbibliotheken, Volksmusikschulen, Kultur- und Klubbhäuser usw.) wurden 71 705 300 DM-Ost ausgegeben.

Hingegen betrug die Aufwendungen für „außerschulische Erziehung und Bildung“ wie

Pionierhäuser	12 724 500
Stationen (der J. Naturfreunde)	12 526 700
Schulklubs	46 274 600
Außerschulischer Sport	2 874 800
Feriengestaltung	23 815 000
Zentrale Pionierlager	11 192 100
Jugendheime	11 898 300
Jugendherbergen	6 640 100
Außerschulische Erziehung und Erholung	552 000

Das sind zusammen: DM-Ost 128 498 100

Die Bolschewisierung der Jugend gehört mit zu den erst-rangigen Zielen des Systems. Das beweisen diese Zahlen eindeutig. Um dieses Ziel zu verwirklichen, schlägt man verschiedene Wege ein. So verkünden die Jugendführer der Zone, die jungen Christen, „die die Hände zum Gebet falten lernen, wenn sie noch gar nicht reden können“, müßten in Diskussionen und Debatten von der Wahrheit, Logik und hohen Ethik der sowjetischen Weltanschauung überzeugt werden. Andererseits stellen die gleichen Führer in den gleichen Reden fest, daß die FDJ kein Diskutierklub sei. Tatsache ist, daß sich die FDJ seit Herbst 1956 in einer Krise, „in einer ideologischen Windstille“, wie ihr Erster Führer sagte, befindet, wofür man den Grund in „kleinbürgerlich-kapitalistischen Einflüssen“ finden zu müssen glaubt. Man sieht sich daher gezwungen, die Jugendverbände neu zu organisieren. Den Anfang bildeten Ende Januar die Jungen Pioniere. Sie sollen laut Beschluß der Zentralleitung „die sozialistische Massenorganisation der Kinder in der DDR“ werden. Die Pioniere werden in Zukunft nach Altersgruppen getrennt in „Jungpioniere“ (6—10 Jahre) und die „Thälmann-Pioniere“ (10—14 Jahre). Die Organisation soll zusammen mit der Schule, bei den älteren außerdem noch mit den Leitern der Vorbereitungsstunden zur Jugendweihe, die Erziehung der Kinder übernehmen. In dem Beschluß wurde wohl eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern gefordert, ohne sie aber zu konkretisieren.

Die Jugendweihe

Alle diese Versuche dienen der Erziehung des Jugendlichen zum „sozialistischen Menschen“, in dessen Leben die Religion keinen Platz mehr zu haben hat. Das schärfste Druckmittel, dessen sich das Regime hierzu bedient, ist die Jugendweihe.

Schon am 28. September 1957 erklärte der Erste Sekretär der Partei: „Ich betone ausdrücklich, daß an der Jugendweihe *alle* Jungen und Mädchen teilnehmen sollen, gleichgültig welche Weltanschauung ihre Eltern haben oder in welcher Weltanschauung sie bisher erzogen wurden.“ Er schlug vor, in Zukunft die Volksbildungsstellen bei den Räten der Kreise für die Jugendweihe einzusetzen. Dieser Beschluß stand im Widerspruch zu der ein Jahr zuvor gegebenen Erklärung, daß die Jugendweihe ausschließlich Angelegenheit derer sei, die sie wünschen, nicht aber Sache des Staates.

Die massive Agitation, verbunden mit den nötigen Versprechungen bzw. Hinweisen auf die nachteiligen Folgen für diejenigen, die sich den „Wünschen“ der Partei widersetzen (Ausschluß von der Höheren Schule, vom Studium und den beehrteren Berufen), scheint sich in diesem Frühjahr erfolgreicher als bisher erwiesen zu haben. Auch

wenn man die Zahlen der ostzonalen Pressedienste über die Ostern 1958 Jugendgeweihten mit Vorbehalt aufnehmen muß, so liegt sie sicher höher als in den vergangenen Jahren. Nach kommunistischen Angaben nahmen in diesem Jahr 90 000 Schulabgänger an der „Weihe“ teil. Das sind 24 000 mehr als im letzten Jahr. Die Beteiligung war in den einzelnen Bezirken unterschiedlich. So nahmen im Kottbusser Bezirk 2250 Jugendliche von 12 000 Schulabgängern an den „Jugendstunden“ (Vorbereitungskurs zur „Weihe“) teil. Ebenfalls jeder fünfte Schulabgänger soll im Bezirk Frankfurt/Oder an der Jugendweihe teilgenommen haben (in der Stadt Frankfurt/Oder selbst hingegen fast jeder zweite). Für den übrigen mitteldeutschen Raum schwanken die Prozentsätze zwischen 35 und 70 (Leipzig).

Es wird ferner berichtet, daß die Partei alles versucht habe, um die der „Weihe“ vorangehenden Jugendstunden so attraktiv wie möglich zu gestalten. Filme und Kaffeekränzchen wurden geboten, die immer mit entsprechender antireligiöser Unterweisung durchsetzt waren. Die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ (2. 4. 58) hat den Aktus der diesjährigen Jugendweihe im Landestheater von Halle geschildert. Danach sprach zunächst der örtliche SED-Sekretär zu den festlich gekleideten Kindern in Predigtform und stellte ihnen anschließend folgende Fragen:

„Seid ihr bereit, als treue Söhne und Töchter unseres Arbeiter- und Bauernstaates für ein glückliches Leben des ganzen deutschen Volkes zu arbeiten und zu kämpfen, so antwortet mir: Ja, das geloben wir!“

Seid ihr bereit, mit uns gemeinsam eure ganze Kraft in die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen, so antwortet mir: Ja, das geloben wir!“

Seid ihr bereit, für die Freundschaft der Völker einzutreten und mit dem Sowjetvolk und allen friedliebenden Menschen der Welt den Frieden zu sichern und zu verteidigen, so antwortet mir: Ja, das geloben wir!“

Die „Zeit“ berichtet weiter: „Die Jungen und Mädels stehen jetzt, viele haben die Hände gefaltet. Zögernd sprechen sie ihr dreimaliges ‚Ja, das geloben wir!‘ Darauf wieder der Sekretär:

„Wir haben euer Gelöbniß vernommen, ihr habt euch ein hohes und edles Ziel gesetzt. Ihr habt euch eingereiht in die Millionenschar der Menschen, die für Frieden und Sozialismus arbeiten und kämpfen. Feierlich nehmen wir euch in die Gemeinschaft aller Werktätigen in unserer Deutschen Demokratischen Republik auf und versprechen euch Unterstützung, Schutz und Hilfe. Mit vereinten Kräften — vorwärts!“

Anschließend erhielt jedes Kind das Dokument über die Jugendweihe und das Buch „Weltall, Erde, Mensch“ (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 290 ff.). Die Regierung hat ähnliche kommunistische Weiheformen als Ersatz für die kirchliche Eheschließung und Tauffeier ausarbeiten und z. T. auch schon praktizieren lassen.

Der Hirtenbrief der Bischöfe

Diese ständigen Verletzungen der in der Verfassung der Zonenrepublik garantierten Grundrechte haben die Bischöfe und Bischöflichen Kommissare der Sowjetzone veranlaßt, in feierlicher Form in ihrem gemeinsamen Hirtenbrief vom 15. April mit aller Schärfe zu protestieren. Das Schreiben wurde am 4. Mai von allen Kanzeln der Zone verlesen. Es hat folgenden Wortlaut:

Geliebte im Herrn!

Jesus Christus, unser Herr, sagt von sich: „Ich bin der gute Hirte und kenne die Meinen“ (Joh. 10, 14). Diesem Vorbild Christi eifert jeder gute Seelsorger nach. Durch die täglichen Begegnungen mit Kindern und Jugendlichen, mit Erwachsenen und Alten in seiner Gemeinde ist er mit dem Volk herzlich verbunden. Er erfährt dabei Freuden und Nöte, die kein Bericht und keine Statistik erfassen können. Wenn wir, eure Bischöfe und Priester, in das Volk hineinlauschen, so ist vieles, was uns beglückt, und manches, was uns bedrückt. Es beglückt uns euer Glaube und eure Treue zur Kirche. Dafür danken wir Gott und sind stolz auf euer tapferes Christuszeugnis. Es bedrückt uns — von Tag zu Tag mehr — die seelische Not unserer Gläubigen.

Seitdem wir am 23. Oktober 1957 unser Hirtenwort über Schule und Erziehung an euch richteten, hat sich die Lage erheblich verschärft. Der Druck auf die Freiheit des Gewissens und des Glaubens ist härter geworden. Die Philosophie der Gottlosigkeit als verpflichtende Richtlinie im gesamten öffentlichen Leben wurde rücksichtsloser durchgesetzt. Über die Kirche, ihre Lehre und ihre führenden Männer ergoß sich eine Flut von Verleumdungen und Verzerrungen. Man verdächtigte uns, eure Oberhirten, wir hätten uns in unserem Bemühen um die Freiheit der Kirche und der Christen von „westlichen Direktiven“ bestimmen lassen. Niemals hat man uns solche Direktiven gegeben; niemals haben wir solche Direktiven entgegengenommen. Wenn wir unsere Stimme erheben, dann tun wir es nur, weil unser Hirtenamt es fordert und unser Gewissen es gebietet. So schreiben wir auch dieses Hirtenwort nur, um für euch einzutreten und um euch aus der Frohbotschaft des Glaubens ein tröstendes, stärkendes Wort zu sagen.

I. Wir machen uns zum Anwalt eurer Gewissensnot

Wir sprechen im Namen der christlichen Schulkinder.

Unseren christlichen Kindern soll in der Schule mit allen Mitteln der Glaube an Gott, an Christus und an die Kirche geraubt werden. Vor allem der Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern und in der Geschichte soll dazu dienen. Man sage uns nicht, solcher Unterricht sei durch wissenschaftliche Wahrheit gefordert. Dagegen erklären wir: Katholischer Glaube und echte Wissenschaft widersprechen sich nicht. Jederzeit könnte öffentlich nachgewiesen werden — falls dies nur gestattet würde —, daß vielfach im Schulunterricht und in den Schulbüchern die christliche Lehre und die Geschichte der Kirche entstellt und falsch dargestellt werden.

Wir sprechen im Namen der heranwachsenden christlichen Jugend.

Über die Maßen wird die heranwachsende christliche Jugend, zumal bei ihrer Schulentlassung, durch die Propaganda für die *Jugendweihe* bedrängt. Trotz wiederholter Zusicherungen, selbst von höchsten Regierungsstellen, daß die Jugendweihe freiwillig sei, wird von Amtspersonen des Staates ein starker Druck auf die Jugendlichen ausgeübt. Nachweisbar erleiden jene, die sich nicht an der Jugendweihe beteiligen, deswegen schwere berufliche Nachteile. Auch sonst werden junge Christen, die treu zur Kirche stehen, hart bedrängt und in vielfacher Weise benachteiligt.

Wir sprechen im Namen der christlichen Eltern.

Die Not der Kinder und der Jugendlichen ist die Not christlicher Eltern. Sie tragen die Verantwortung für die christliche Erziehung ihrer Kinder und müssen so oft erleben, wie man in Schule und Öffentlichkeit ihr Bemühen planmäßig untergräbt. Sie sorgen sich darum, daß ihre Kinder einen Beruf ergreifen, für den sie Lust und Begabung haben, und müssen zusehen, daß ihnen nur um des Glaubens willen der Weg zum erstrebten Beruf versperrt wird.

Wir sprechen im Namen vieler christlicher berufstätiger Männer und Frauen.

Schwer leiden gläubige Christen darunter, daß allerwärts, in Organisationen und auf dem Arbeitsplatz, in Schrifttum und Kundgebungen, die Propaganda gegen Kirche und Religion immer stärker wird. Völlig aber wird das Menschenrecht mißachtet und auch die Verfassung übertreten, wenn ehrenhafte und gewissenhafte Staatsbürger ihre Stellung verlieren oder einen Beruf nicht ausüben können, nur weil sie nicht aus der Kirche austreten oder auf die aktive Betätigung ihres Glaubens nicht verzichten wollen.

Angesichts dieser eurer Not sollt ihr die Gewißheit haben, daß wir, eure Bischöfe, fest zu euch stehen. Wir haben uns wiederholt in eingehenden schriftlichen und mündlichen Darlegungen bei der Regierung um die Behebung der oben geschilderten Gewissensbedrückung bemüht und auch auf andere Fälle hingewiesen, in denen das Wirken der Kirche eingeengt wird. Wir können euch aber auch nicht verschweigen, daß diesen Schritten ein befriedigender Erfolg versagt blieb. Trotz alledem werden wir auch weiterhin für eure Rechte und die Freiheit der Kirche eintreten.

II. Wir künden euch die frohe Botschaft von der Freiheit der Kinder Gottes

Wir wollen nun einen Augenblick das, was euch und uns täglich bedrückt, zurückstellen und auf das Evangelium Christi hören. Das Evangelium ist die Frohbotschaft von der Freiheit der Kinder Gottes. Denn so spricht der Herr: „Wenn der Sohn euch frei erklärt, so werdet ihr wirklich frei sein“ (Joh. 8, 36). Ganz ähnlich sagt der Apostel Christi, der hl. Paulus: „Damit wir frei seien, hat Christus uns frei gemacht“ (Gal. 5, 1). Christi Freiheit aber ist kostbarer als jede Freiheit der Welt; sie schenkt uns Größeres.

Der Herr befreit uns von der Blindheit des Irrtums und der Lüge. „Wenn ihr in meinem Worte bleibt“, so sagt Christus, „seid ihr in Wahrheit meine Jünger und werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen“ (Joh. 8, 32). Prüft nüchtern die verschiedenen Formen des Atheismus, und ihr werdet erkennen, wie reich ihr seid, und freut euch der befreienden Wahrheit unseres Glaubens.

Christus befreit uns aus der Knechtschaft des Teufels, und um den hohen Preis Seines Blutes nimmt Er das Joch der Sünde von uns. Von der Sünde befreit, erfüllen wir in freudiger Einsicht Gottes Gebote und „dienen einander in Liebe“ (Gal. 5, 13). So können wir die schwere Last nicht von euren Herzen nehmen. Doch wir künden euch die frohe Botschaft des Auferstandenen: Da wir mit Christus leiden, gehen wir auch ein in Seine Herrlichkeit. Darum verstehen wir das zuversichtliche Wort des Völkerapostels:

„Seid fröhlich in der Hoffnung!“ (Röm. 12, 12), denn „all das überstehen wir siegreich durch den, der uns geliebt hat“ (Röm. 8, 37).

III. Wir zeigen euch den Weg der Freiheit

Nun kehren wir wieder zurück in euren schweren Alltag. Dort soll die Frohbotschaft der Freiheit euch zu einem guten Weg helfen.

1. Müht euch redlich um das Gute (1 Petr. 3, 13).

Gerade weil ihr als Christen so argwöhnisch beobachtet werdet, sollt ihr euer Bestes geben. Um des Herrn willen erfüllt in treuer Verantwortung den Dienst, der euch obliegt; in der Schule, auf dem Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, kurzum überall, wo ihr wirken könnt. Um der Brüder willen, die eures Zeugnisses und eures Dienstes bedürfen, haltet aus in der Kraft des Herrn. Laßt nicht Haß und Bitterkeit in euch aufkommen, sondern „überwindet das Böse durch das Gute“ (Röm. 12, 21), durch Liebe und Gerechtigkeit. In der Lauterkeit eures guten Gewissens, so sagt der hl. Petrus, „fürchtet euch nicht vor ihrem Drohen und lasset euch nicht verwirren“ (1 Petr. 3, 14).

2. Tut nie etwas gegen euer Gewissen.

Euer Weg als Christen ist deshalb so schwer, weil in eurer Umwelt Religion und Leben nicht nur getrennt sind, sondern weil darüber hinaus das Leben nach den Grundsätzen des Atheismus gelenkt wird. Hier das Rechte zu finden ist oft nicht leicht. Ihr müßt vieles geschehen lassen und zu vielem schweigen. Beachtet aber sorgfältig die Grenzen eures Gewissens.

Wenn man euch auffordert, eure Kinder zur Jugendweihe zu schicken, sprecht ein klares Nein! Wenn man gar von dir verlangt, aus der Kirche auszutreten, dann sprich ein klares Nein und denke an das Wort des Herrn: „Wer mich vor den Menschen bekennt, den will auch ich bekennen vor meinem Vater im Himmel; wer mich aber vor den Menschen verleugnet, den werde auch ich vor meinem Vater im Himmel verleugnen“ (Matth. 10, 32—33).

Vielleicht müßt ihr bei solcher Haltung schwere Opfer auf euch nehmen, aber über allen irdischen Vorteilen und Nachteilen stehe euch und euren Familien das Wort des Apostels: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg. 5, 29). Da ihr diese Last nicht allein tragen könnt, betet oft zum Heiligen Geist, daß Er euch erleuchte und euch die Kraft verleihe, stets den rechten Weg zu gehen.

3. Schauet auf den Gekreuzigten.

Christus hat an keiner Stelle versprochen, daß es Seinen Jüngern hier im Erdenleben gut gehen solle. Wohl aber gilt uns Sein Wort: „Der Knecht ist nicht größer als sein Herr. Haben sie mich verfolgt, so werden sie auch euch verfolgen“ (Joh. 16, 20). Gerade heute erleben wir eine Zeit, in der die Kirche unter besonders dunklen Schatten Seines Kreuzes steht. Schaut darum oft auf das Kreuzesbild in euren Wohnungen und holt euch Kraft aus der Betrachtung des bitteren Leidens Christi; überdenkt die Stationen Seines Kreuzweges und betet gern den schmerzhaften Rosenkranz.

4. Traget einer des anderen Last (Gal. 6, 2).

Die Zeit schwerer Gewissensnot muß uns zur großen Stunde helfender Bruderliebe werden. Da ihr oft einsam

und fremd in der Welt steht, gewinnt eure *Familie* neue Bedeutung. Dort sollt ihr euch gegenseitig in verstehen-der Liebe Aufmunterung und Halt geben. Ihr Eltern, stützt eure Kinder und laßt sie in ihrem schweren Ringen nicht allein. Stellt euch schützend vor sie in ihrer oft so ergreifenden Glaubenstreue.

Schließt euch fest zusammen in euren *Seelsorgsgemeinden*. Bleibet auch dann einander nah, wenn ihr die Gemeinschaft um den Altar des Herrn verlaßt und auf die Straßen eures Lebens geht. Habt ein Auge für die in ihrem Gewissen bedrängten Brüder. Steht ihnen bei durch ein gutes Wort und durch jede Hilfe, die euch möglich ist. Vor allem aber schenkt ihnen eure Fürbitte. Bei jedem Gottesdienst der Gemeinde und in eurem täglichen persönlichen Gebet soll diese Sorge mit euch gehen. Wir aber, eure Bischöfe und Priester, wollen euch in der gegenwärtigen schweren Prüfung als gute Hirten beistehen, so gut wir können.

Die Freiheit stirbt. Der Geist der Freiheit aber lebt bei aller Drangsal dort unzerstörbar fort, wo lebendiger Glaube darum weiß, daß Christus der Sieger und der Herr ist. Er, unser gekreuzigter und auferstandener Erlöser, schenke Geduld, Friede und Freude aus der Gnaden-

fülle des himmlischen Vaters durch die Liebe des Heiligen Geistes. Amen.

Die Antwort der Partei

Die Antwort des Regimes durch das Blatt der Ost-CDU, die die SED gewöhnlich bei ihren Auseinandersetzungen mit den Kirchen vorschleibt, auf das bischöfliche Schreiben lautet: „... Wenn die Bischöfe zu dem Mißbrauch des Katholizismus zur Begründung der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands beharrlich schweigen und sich statt dessen gerade jetzt in die inneren Angelegenheiten desjenigen deutschen Staates einmischen, der mit allen Mitteln gegen die atomare Aufrüstung in Deutschland kämpft, muß man annehmen, daß sie damit den inneren Frieden in unserem Volk stören und die Bedrohung des äußeren Friedens durch atomare Waffen, die auf die DDR und damit auf deren katholische Bürger gerichtet sind, verschleiern wollen“ („Neue Zeit“, 6. 5. 58). Ferner heißt es in dem Artikel: „Was wir in der letzten Zeit in der Zurückweisung der Tendenzen dieser klerikalen Einmischung (in Erziehungsfragen) durch evangelische Kirchenfürsten geschrieben haben, gilt in ebensolcher Weise für die reaktionären katholischen Kreise.“

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Emigration heute

Das Thema der Emigration scheint heute wenig aktuell zu sein. Gewiß gibt es auch in unserem Jahrzehnt aus Deutschland und anderen europäischen Ländern Auswanderungen. Aber sie berühren nicht das sozialpolitische Bewußtsein unserer Zeit. Sie spielen in der öffentlichen Meinung keine Rolle. Sie sind eine Angelegenheit jener wenigen, die emigrieren, und derer, die mit ihren wohl-ausgebauten Organisationen die notwendigen Hilfen dazu gewähren — eine partielle, fast eine Privatangelegenheit. Und doch gehören die Fragen der Wanderung auch heute, und sogar heute besonders, zu dem großen Komplex der internationalen sozialen Fragen, die nur bewältigt werden können, wenn ihre Teilprobleme erkannt werden und wenn sich auf Grund dieser Erkenntnisse alle jene Kräfte zusammenfinden, die von der Verpflichtung der Freien Welt zur Solidarität durchdrungen sind. Die Aufgaben, die uns die Eine Welt heute stellt, erfordern die Aufmerksamkeit und die Anstrengungen jedes Menschen, der darum weiß, daß die Zukunft der Völker — und damit auch seines eigenen Volkes — davon abhängen wird, inwieweit heute die rechten Entscheidungen getroffen und durchgeführt werden. Unter dem besonderen Gesichtspunkt des Verhältnisses zwischen der westlichen Welt und den unterentwickelten Ländern drängt sich noch eine weitere Überlegung auf:

Wenn, wie wir versucht haben zu zeigen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 38 ff.), das heute hauptsächlich propagierte Mittel der mechanischen und daher sittenwidrigen Geburtenverhütung nicht geeignet ist, die internationalen sozialen Spannungen auszugleichen, die sich aus dem Mißverhältnis von Bevölkerungszahl und wirtschaftlichen Möglichkeiten besonders in den unterentwickelten Ländern ergeben, so ist eine Lösung des modernen

bevölkerungspolitischen Problems nur durch Anpassung der einzelnen Volkswirtschaften an die demographischen Gegebenheiten möglich. Dieser Entwicklungsprozeß kann aber, sofern er ohne schwerwiegende Schäden für das Entwicklungsland verlaufen soll, nur langsam vonstatten gehen. Die aktuelle Not wird durch ihn nicht beseitigt. Häufig ist das Gegenteil der Fall. Um die schlimmste Not abzuwehren, muß man nach kurzfristig wirksamen Ventilen suchen, die geeignet sind, echte Erleichterungen zu verschaffen. Als ein solches Ventil bietet sich — seit jeher — die Auswanderung an.

Wilhelm Röpke bezeichnet die Emigration (in „Internationale Ordnung — heute“, 2. Aufl., Eugen Rentsch Verlag, Zürich/Stuttgart 1954, 355 S.) als „das wirksamste Mittel, internationale Unterschiede des Bevölkerungsstatus auszugleichen und damit das internationale Bevölkerungsproblem zu lösen“. Würde man heute alle Aus- und Einwanderungsschranken aufheben — das entspräche der Situation im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert — und die Menschen nur ihren rationalen Erwägungen folgen, so würden sie sich unter diesen Umständen so über die Erdoberfläche verteilen, „daß es weder über- noch unterbevölkerte Länder mehr geben würde“ (S. 198). „Die Wirklichkeit“, so fährt Röpke fort, „wird diesem theoretischen Schema niemals völlig entsprechen können, da es eine irrealen Annahme wäre, daß die Menschen in der Wahl ihres Wohnsitzes nur dem ökonomischen Kalkül folgen. Aber diese und manche andere Komplikation ändert nichts daran, daß die unbeschränkte Freizügigkeit... die relative Armut eines Landes zu einem selbstgewählten Schicksal machen würde, gegen das die Menschen nicht mit Unzufriedenheit und politischer Unrast zu reagieren das Recht und wahrscheinlich auch nicht die Neigung haben würden. Das internationale Bevölkerungsproblem würde seinen wirtschaftlichen und